

Neujahrsempfang der Stadt Bretten
am 8. Januar 2006
in der Stadtparkhalle

Oberbürgermeister Paul Metzger:

Gedanken zum Jahreswechsel

Was erwartet uns 2006? Leicht wird es nicht. Gute und ehrlich gemeinte Wünsche können deshalb nicht schaden. Ich habe mich jedenfalls persönlich über viele gute Wünsche gefreut und damit Kraft gewonnen. Und dies wünsche ich auch Ihnen: Spüren sie und nehmen sie sie an, die Kraft guter Gemeinschaft spüren. Ich wünsche Ihnen im neuen Jahr 2006 im Namen der Melanchthonstadt Bretten Gottes Segen, Gesundheit, Glück und Erfolg. Dabei hoffe ich, dass uns der innere und äußere Frieden erhalten bleibt und die Chancen der kulturellen Vielfalt nicht durch rechthaberischen Fundamentalismus und bösartigen Terrorismus in Frage gestellt werden.

Sehr geehrte Gäste, dieser Neujahrsempfang ist für mich persönlich ein Jubiläumsempfang. Schon zum 20. Mal darf ich mich als Oberbürgermeister gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern und lieben Gästen auf ein neues Jahr einstimmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, was hat sich für mich in diesen 20 Jahren noch verändert? Das soziale Klima hat sich dramatisch verschlechtert. Die Last der hohen Arbeitslosigkeit ist von der Volkswirtschaft nicht mehr finanzierbar. Die öffentlichen Haushalte im Bund, in den Ländern und bei den Kommunen sind weit weg von den Idealvorstellungen des Grundgesetzes, der Landesverfassungen und der Kommunalgesetze und stehen im Widerspruch zu den Stabilitätskriterien der Europäischen Union.

Haushalten heißt, eigentlich so sparsam zu sein, dass die regulären Einnahmen ausreichen, um die Ausgaben ohne ständig höhere Steuern, Solidaritätsbeiträge, Gebühren, Abgaben und auch ständig neue Schulden auszugleichen. Genau das ist jedoch Realität und es ist den politisch Verantwortlichen anzulasten, dass sie zu oft und zu bereitwillig populistischen Forderungen aus der Gesellschaft nachgegeben und sie auch bereitwillig gefördert haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Anspruchsdenken in Deutschland hat die Volkswirtschaft überfordert. Dies weiß man und dennoch werden nach wie vor allenthalben Besitzstände mit Zähnen und Klauen verteidigt, wurden bis zuletzt weitere Leistungsgesetze beschlossen und die Gegenfinanzierung den Kommunen aufgebürdet. Mehr soziale Gerechtigkeit ist dadurch oft nicht entstanden, wie das Beispiel der Hartz-Gesetze zeigt. Schlecht gemachte Gesetze führen auch noch so gut angedachte Grundsatzüberlegungen ad absurdum und belasten un-nötig die Menschen und zum Beispiel die Mitarbeiter der Arbeitsagentur und der Sozialämter.

Ich wünsche mir von der neuen Bundesregierung nicht ständig neue Gesetze, die sie nicht einhalten, umsetzen oder nicht finanzieren kann, sondern das Ausmisten überzogener, die Menschen überfordernde, Vorschriften. Die Entbürokratisierung muss aktiv und mutig angegangen werden - und zwar auf allen gesellschaftspolitischen Feldern. Der Rechtsstaat ist durch die Vorschriftenwut und den Regelungswahn schon zu lange zum Rechtfertigungs-, Bittsteller- und Ausnützerstaat degradiert – um nicht zu sagen verkommen -, in dem demokratisch gefasste Entscheidungen längst überlagert werden durch das Handauflegen eines vom Gesetz legitimierten Sachbearbeiters.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich werde mich, wo immer möglich, auch künftig dagegen auflehnen und spreche konkret den Unsinn des deutschen Planungsrechts an. Deutschland wurde nach dem Krieg gehasst, dann wegen des Wirtschaftswunders bewundert, dann war man über Deutschland verwundert und hat sich über die Deutschen lustig gemacht.

Schon zu lange wird durch zahlreiche Sondergesetze die in Deutschland verfassungsrechtlich garantierte Planungshoheit der Kommunen ausgehebelt. Sicher, es ist nicht populär, dass ich - mit Zustimmung fast aller Gemeinderäte - die Erweiterung des Industriegebietes Gölshausen um ca. 22 ha im Rüdtdwald vertrete. Diese Entscheidung ist aber sehr wohl und sehr intensiv abgewogen; sie berücksichtigt die Bedürfnisse der Stadt als Mittelzentrum mit eigenem Bedarf, der wegen der teuren Infrastruktur nicht nur interkommunal befriedigt werden kann. Und sie berücksichtigt die Interessen von Natur und Landschaft, weil dadurch nicht an anderer Stelle ein neues großes Industriegebiet entwickelt werden muss, weil wir in Bretten auch alte Industriebrachen mit hohen Kosten beispielhaft reaktiviert haben.

Wer den Aufschwung und den Abbau der Arbeitslosigkeit und damit den Sprengsatz für die sozialen Sicherungssysteme beseitigen will, darf die Menschen nicht nur zum sich Einbringen auffordern, sondern muss die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass selbstverantwortliches Handeln in Deutschland wieder möglich wird. Ich setze meine Hoffnung dabei auf die Große Koalition und ich freue mich, dass wir als Stadt mit Landkreis und Regionalverband 2006 ein Schwarzbuch gegen die überzogene Planeritis herausbringen werden

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich blicke mit Zuversicht in das neue Jahr. Die Stadt wird sich weiter bedarfsgerecht entwickeln. Meine Sorge gilt den Arbeitsplätzen und meine Überzeugung ist, dass wir in der Stadtverwaltung und im Gemeinderat mit der Unterstützung der Bürgerschaft, der Kirchen und der Vereine, mit der Unterstützung der staatlichen und privaten Institutionen Bretten auch 2006 in seiner Funktion als Mittelzentrum im südlichen Kraichgau weiter stärken und ausbauen werden. Dafür sage ich allen Dank und wünsche Ihnen nochmals alles Gute, Glück, Gesundheit und Gottes Segen im neuen Jahr.